

Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales

über den Antrag 3113/A(E) der Abgeordneten Erwin Angerer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Aktion 60 plus für den österreichischen Arbeitsmarkt

Die Abgeordneten Erwin **Angerer**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 31. Jänner 2023 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Obwohl wir uns seit Beginn der Corona-Pandemie Anfang 2020 mit einer wachsenden Lieferkettenproblematik und der Ukraine-Krise eigentlich in einer dauerhaften Bedrohung des österreichischen Wirtschaftsstandortes inklusive Arbeitsplatzverlust und Massenarbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit befinden, klagen viele Wirtschaftsbranchen aktuell über einen Arbeitskräftemangel.

ÖVP-nahe Wirtschaftskreise haben dazu, wie seit vielen Jahren nur ein einziges Gegenmodell: die ungezügelte Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes nicht nur für alle EU-Bürger, sondern auch für Drittstaatsangehörige und Asylwerber bzw. illegale Zuwanderer. Gleichzeitig vergisst man auf das wachsende Potential einer aktiven Generation 60 plus, die trotz Pensionsantritts noch einen gewissen Teil ihres Zeitbudgets für die Ausübung einer Beschäftigung einsetzen möchte.

Die Ausübung einer aktiven sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach dem Pensionsantritt ist allerdings mit einer Fülle von bürokratischen und auch finanziellen Hürden verbunden, die es sowohl den Wirtschaftsbetrieben als auch den potentiell zu aktivierenden Pensionisten verleidet, für einen gewissen Zeitraum neuerlich aktiv ins Berufsleben einzusteigen und ihre Erfahrungen und Kenntnisse der Gesellschaft und Wirtschaft aktiv und gegen ein angemessenes Entgelt zur Verfügung zu stellen.

Folgende Modelle bestehen derzeit, die allerdings nicht zu einer weiteren Aktivierung dieses qualifizierten Arbeitspotentials beitragen:¹

Zuverdienst zur Alterspension

Neben einer Alterspension kann **unbegrenzt dazuverdient** werden. Der Zuverdienst verringert die Pensionshöhe nicht.

Allerdings kann es zu einer **Pensionserhöhung** kommen: Wenn die Erwerbstätigkeit über der Geringfügigkeitsgrenze von 485, 85 Euro pro Monat (Wert 2022) liegt und dadurch eine

1 Zuverdienst während der Pension:
https://www.oesterreich.gv.at/themen/arbeit_und_pension/pension/Seite.270222.html

Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung begründet wird, erhält die Pensionistin/der Pensionist seit 1. Jänner 2005 einen **besonderen Höherversicherungsbetrag**.

Dieser Betrag gebührt erstmals ab jenem Kalenderjahr, das dem Kalenderjahr der Aufnahme der Erwerbstätigkeit folgt.

Zuverdienst zur vorzeitigen Alterspension

Bei einer vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer kommt es zum Pensionswegfall, wenn während des Pensionsbezuges

- eine Erwerbstätigkeit über der Geringfügigkeitsgrenze von 485, 85 Euro pro Monat ausgeübt wird (14 Mal pro Jahr), und diese
- eine Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung nach sich zieht.

Hinweis

Wenn die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer **wegen einer Erwerbstätigkeit wegfällt**, führt dies zu einer **Erhöhung der ‚normalen‘ Alterspension**: Die Pensionshöhe wird grundsätzlich bei Erreichen des Regelpensionsalters neu berechnet. Dabei wird für jeden Monat, in dem die vorzeitige Alterspension wegen Erwerbstätigkeit weggefallen ist, die Alterspension erhöht.

Zuverdienst zur Korridorpension

Wird während des Bezugs einer Korridorpension

- eine Erwerbstätigkeit über der Geringfügigkeitsgrenze von 485, 85 Euro pro Monat aufgenommen und
- eine Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung begründet,

kommt es zu einem Wegfall der Korridorpension.

Hinweis

Wenn die Korridorpension wegen einer **Erwerbstätigkeit wegfällt**, führt dies zu einer **Erhöhung der ‚normalen‘ Alterspension**: Bei Erreichen des Regelpensionsalters wird die Pensionsleistung für jeden Monat des Wegfalls um 0, 55 Prozent erhöht.

Vor allem durch die seit 2021 explodierende Inflation und damit Geldentwertung sind die aktuellen Beträge bei der Geringfügigkeitsgrenze nicht mehr aktuell und gehören dringend nach oben gesetzt, sprich um die aktuelle Inflation valorisiert und dies aus aktuellem Anlass auch unterjährig, zumindest vierteljährig. Gleichzeitig sollte man auch eine Förderung von Wiedereinsteigern nach dem Pensionsantritt andenken, die insbesondere in einer Reduktion bzw. einem Ausgleich der Lohnnebenkosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen soll, damit vor allem in allen Wirtschaftsbranchen, wo dringend qualifiziertes Personal gesucht wird, die Expertise und Erfahrung von Pensionisten in den Arbeitsmarkt zurückgeholt werden kann.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 23. März 2023 erstmals in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich im Anschluss an die Ausführungen des Berichterstatters Abgeordneten Peter **Wurm** die Abgeordneten Tanja **Graf**, Barbara **Neßler**, Mag. Gerald **Loacker**, Dr. Dagmar **Belakowitsch**, Alois **Stöger**, diplômé und Bedrana **Ribo**, MA sowie der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Mag. Dr. Martin **Kocher** und der Ausschussobmann Abgeordneter Josef **Muchitsch**. Die Verhandlungen wurden vertagt.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 11. Oktober 2023 neuerlich in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Dagmar **Belakowitsch**, Mag. Ernst **Gödl** und Mag. Markus **Koza**. Die Verhandlungen wurden erneut vertagt.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 07. Dezember 2023 abermals in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten August **Wöginger**, Mag. Verena **Nussbaum**, Mag. Gerald **Loacker**, Peter **Wurm**, Bettina **Zopf**, Mag. Markus **Koza**, Alois **Stöger**, diplômé, Mag. Elisabeth **Scheucher-Pichler** und Dr. Dagmar **Belakowitsch** sowie der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Johannes **Rauch**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit (**für den Antrag:** F, **dagegen:** V, S, G, N).

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Bettina **Zopf** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2023 12 07

Bettina Zopf
Berichterstatterin

Josef Muchitsch
Obmann

